

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/202690]

16. APRIL 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen Artikel 9.1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 8. April 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 6. Mai 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 6. Mai 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 66.403/2/V des Staatsrates, das am 30. Juli 2019 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 158/2019 der Datenschutzbehörde, das am 27. September 2019 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 wird wie folgt ersetzt:

„ § 1 - Das Meistervolontariat dient zur Vorbereitung eines Volontärs auf eine selbstständige Tätigkeit, auf eine Tätigkeit in einem Unternehmen oder zur Erlangung praktischer Kenntnisse und Kompetenzen im Rahmen eines dualen Studiums. Das Meistervolontariat umfasst sowohl einen fachtheoretischen als auch einen betrieblichen Teil einer Meisterausbildung oder eines anderen dualen Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität im In- oder Ausland und bereitet auf die Meister- oder Bachelor- bzw. Masterprüfung vor.“

2. In Paragraph 2 wird zwischen den Wortfolgen „Artikel 8“ und „des Dekretes“ die Wortfolge „und Artikel 9.1“ und nach dem Wort „Meisterausbildungen“ die Wortfolge „oder dualen Studiengänge“ eingefügt.

3. In Paragraph 3 wird die Wortfolge „Minister für Ausbildung“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt und folgender Absatz 2 eingefügt:

„Im Falle eines dualen Studiengangs liegt dem Meistervolontariat das Studienprogramm zu Grunde, das an der anerkannten Hochschule oder Universität den dualen Studiengang regelt und auf Vorschlag des IAWM durch den Minister für Ausbildung genehmigt wurde.“

Art. 2 - Artikel 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Absatz 1 wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

„Der Betriebsleiter muss den Nachweis einer anerkannten Meister-, Bachelor- bzw. Masterausbildung im Beruf und zusätzlich eine zumindest dreijährige Berufserfahrung in diesem Fachbereich nach dieser Ausbildung nachweisen.“

2. In Paragraph 3 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Ein Ausbilder kann nicht mehrere Berufe zeitgleich ausbilden.

Wenn der im Meistervolontariatsvertrag bezeichnete Ausbilder den Ausbildungsbetrieb während der Volontariatsvertragszeit verlässt, kann das IAWM von diesen Bedingungen für das laufende Ausbildungsjahr eine Abweichung gewähren.“

3. In Paragraph 4 werden folgende Absätze 2, 3 und 4 eingefügt:

„Der Betriebsleiter wird von der Teilnahme an der pädagogischen Fortbildung befreit, wenn er seine Eignung durch pädagogische Befähigungsnachweise oder vergleichbare Zertifikate im Bereich der Berufspädagogik nachweisen kann.

Das IAWM kann dem Betriebsleiter nicht mehr als ein Ausbildungsjahr Aufschub für den Beweis der erfolgreichen Teilnahme an der pädagogischen Fortbildung gewähren.

Der Betriebsleiter ist verpflichtet, eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle abzuschließen, die die Unfälle abdeckt, denen der Meistervolontär während der Ausbildung im Betrieb, seiner Teilnahme an den allgemein- und berufsbildenden Kursen, Kursen an der anerkannten Hochschule oder Universität, Tests, Prüfungen und überbetrieblichen Ausbildungen sowie auf allen Ausbildungswegen ausgesetzt sein kann.“

4. In Paragraph 5 wird folgender Satz eingefügt:

„Das IAWM legt die Höchstzahl an Auszubildenden pro Betrieb und Beruf anhand der betrieblichen Gegebenheiten wie die Gewährleistung der Betreuung durch in Artikel 2 § 2 erwähnte Ausbilder, vorhandene Infrastruktur, Auftragsvolumen und Kundenaufkommen fest.“

5. Folgende Paragraphen 6 und 7 werden eingefügt:

„ § 6 - Der Betrieb, der einzelne im gemäß Artikel 1 § 3 genehmigten Ausbildungsprogramm vorgesehenen Kompetenzen des Berufes, der Gegenstand der praktischen Ausbildung ist, nicht vermitteln kann oder in einzelnen Punkten dem Berufsprofil nicht entspricht, kann unter Auflage der Teilnahme aller zukünftigen Meistervolontäre an einer überbetrieblichen praktischen Ausbildung dennoch als Ausbildungsbetrieb anerkannt werden.

§ 7 - Das IAWM legt je Ausbildungsbetrieb eine Akte an, die die folgenden Dokumente oder Informationen beinhaltet:

1. eine Kopie des Zertifikates als anerkannter Ausbildungsbetrieb;

2. den Namen und den Sozialsitz des Ausbildungsbetriebs;

3. seine Unternehmensnummer;
4. den Ort der praktischen Ausbildung;
5. das Betriebsprofil;
6. gegebenenfalls die besonderen Pflichten des Ausbildungsbetriebes bezüglich einer überbetrieblichen praktischen Ausbildung;
7. die folgenden Angaben des Betriebsleiters:
 - a) den Namen, den Vornamen und das Geburtsdatum,
 - b) den beruflichen Lebenslauf, die Zeugnis- und Diplommkopien, den Nachweis seiner Berufserfahrung anhand Arbeitsbescheinigungen, Arbeitszeugnissen oder Lohnzettel,
 - c) Nachweise seiner Handlungsvollmacht entweder durch Bescheinigung oder Unternehmenssatzungen;
8. wenn der beziehungsweise die Ausbilder sich vom Betriebsleiter unterscheiden folgende Angaben dieser Ausbilder:
 - a) den Namen, den Vornamen und das Geburtsdatum,
 - b) den beruflichen Lebenslauf, die Zeugnis- und Diplommkopien, den Nachweis seiner Berufserfahrung anhand Arbeitsbescheinigungen, Arbeitszeugnissen oder Lohnzettel,
9. die Arbeitsordnung des Ausbildungsbetriebes.

Die geschäftsführende Direktion ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich. Diese Daten werden aufbewahrt bis die Person, auf die sie sich beziehen, 100 Jahre alt ist."

Art. 3 - Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Volontäre" durch das Wort "Meistervolontäre" ersetzt.
2. In Paragraph 2 wird die Wortfolge "von 14 Tagen nach dem Anfangsdatum" durch die Wortfolge "der Probezeit" ersetzt.

Art. 4 - Artikel 4 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Der Meistervolontariatsvertrag im Rahmen eines Kursbesuches in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird zwischen dem 1. Juli und dem 1. Oktober einschließlich abgeschlossen. Im Fall eines anderen dualen Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität im In- oder Ausland gelten die dort veranschlagten Fristen.

Absatz 2 findet keine Anwendung auf Verträge, deren Abschluss aufgrund eines Wechsels des Ausbildungsbetriebes im Laufe des Ausbildungsjahres erforderlich ist."
2. In Paragraph 2 wird Absatz 1 durch folgende Absätze 1 und 2 ersetzt:

"Der Meistervolontariatsvertrag wird für die Dauer von maximal drei Jahren pro Studiengang abgeschlossen. Die Dauer der addierten Meistervolontariatsverträge kann auf maximal viereinhalb Ausbildungsjahren pro Studiengang angehoben werden, im Falle eines Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um sich den dort bestehenden Bestimmungen anzupassen.

Der Meistervolontariatsvertrag kann im Falle einer Nicht-Versetzung pro Studiengang einmal um ein Jahr verlängert werden. Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr, außer wenn es sich um einen Vertrag handelt, der infolge der Auflösung eines vorhergehenden Vertrags geschlossen wurde. Jeder Vertrag beinhaltet eine Probezeit von drei Monaten."
3. In Paragraph 2 Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "Arbeitsgesetzgebung und darf die" durch die Wortfolge "geltenden belgischen Gesetzgebung und darf die gegebenenfalls", die Zahl "24" durch die Zahl "20", das Wort "Mindestzulage" durch das Wort "Mindestentschädigung" und die Wortfolge "3. Ausbildungsjahr" durch die Wortfolge "ab 3. Ausbildungsjahr" ersetzt.
4. Paragraph 3 wird aufgehoben.
5. Folgende Paragraphen 5 und 6 werden eingefügt:

"§ 5 -Die Betriebsleiter haben die Pflicht, den Meistervolontären bis zum Ende eines jeden Ausbildungsjahres zusätzlich zu den Feiertagen im Bedarfsfall einen ergänzenden unbezahlten Urlaub zu gewähren, um dem Meistervolontär eine Urlaubsdauer von 20 Arbeitstagen im Falle einer Fünftagewoche und von 24 Arbeitstagen im Falle einer Sechstagewoche zu ermöglichen.

Die Betriebsleiter gewähren den Meistervolontären weitere zehn Tage unbezahlten Urlaub pro Ausbildungsjahr zur Vorbereitung auf Prüfungen, die mit der Ausbildung einhergehen.

§ 6 -Der Ausbildungsbetrieb beteiligt sich an den Fahrtkosten vom Wohnort des Meistervolontärs zum Betrieb anteilig der Kosten des Öffentlichen Personennahverkehrs, es sei denn, die zuständige paritätische Kommission sieht eine vorteilhaftere Regelung für den Meistervolontär vor."

Art. 5 - Artikel 5 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 4.1 wird eingefügt:

"4.1 - dem anerkannten Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen die fälligen Einschreibgebühren des jeweiligen Studiengangs zu zahlen;"
2. In Nummer 5 wird zwischen dem Wort "Prüfungen" und der Wortfolge "zu zahlen" die Wortfolge "in erster Sitzung" eingefügt.
3. In Nummer 6 wird die Wortfolge "und während der im Stundenplan vorgesehenen Prüfungsvorbereitungszeit dem Meistervolontär die Möglichkeit einzuräumen, frei zu nehmen" eingefügt.

Art. 6 - Artikel 8 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:

"1.1 - sich fristgerecht bei der anerkannten Hochschule oder Universität einzuschreiben und die fällige Einschreibgebühr zu bezahlen;"
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

“Die Einschreibefrist am Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und die Einschreibefrist an der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft endet jeweils am 30. September.”.

Art. 7 - Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 1 wird die Wortfolge “oder an der anerkannten Hochschule oder Universität, die den dualen Studiengang anbietet, dessen Ausbildungsprogramm gemäß Artikel 1 § 3 anerkannt wurde” eingefügt.

2. Paragraf 3 wird wie folgt ersetzt:

“ § 3 - In dem Fall, dass Kurse, Tests und Prüfungen in hierfür anerkannten Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden, sind die Bedingungen des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und des Erlasses der Regierung vom 30. August 2018 über die Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes anwendbar.”

Art. 8 - Artikel 10 § 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

“ § 2 - Nach Ende der Probezeit können der Ausbildungsbetrieb und der Meistervolontär den Meistervolontariatsvertrag kündigen.

Der Meistervolontariatsvertrag endet bei unüberbrückbaren Unstimmigkeiten zwischen den Vertragsparteien und nachdem ein durch den Lehrlingssekretär organisierter Schlichtungsversuch gescheitert ist. Vorbehaltlich einer anderslautenden gütigen Einigung beträgt die Kündigungsfrist in diesem Fall vier Wochen ab dem Schlichtungsdatum.”

Art. 9 - Artikel 11 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 10 - In Artikel 13 § 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge “per Einschreiben” gestrichen.

Art. 11 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Art. 12 - Der für die Ausbildung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 16. April 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen,
O. PAASCH

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung
H. MOLLERS

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202690]

16 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, l'article 9.1, alinéa 2, inséré par le décret du 25 mai 2009;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 8 avril 2019;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 6 mai 2019;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 mai 2019;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 66.403/2/V, donné le 30 juillet 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis n° 158/2019 de l'Autorité de protection des données, rendu le 27 septembre 2019;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le stage volontaire de maîtrise a pour objet de préparer un stagiaire à l'exercice d'une activité indépendante ou en entreprise ou de lui faire acquérir des connaissances et compétences pratiques dans le cadre d'études en alternance. Le stage volontaire de maîtrise comporte une partie portant sur la théorie de la profession ainsi qu'une partie en entreprise, dépendant soit d'une formation de chef d'entreprise soit d'un autre cycle d'études en alternance, suivi auprès d'une haute école ou université reconnue, en Belgique ou à l'étranger, et prépare à l'examen de fin de formation de futur chef d'entreprise, de bachelor ou de master. »;

2° dans le § 2, les mots « ou des formations en alternance » sont insérés entre les mots « des formations de chef d'entreprise » et le mot « reconnues » et les mots « à l'article 8 » sont remplacés par les mots « aux articles 8 et 9.1 »;

3° dans le § 3, les mots « Ministre de la Formation » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans le cas d'un cycle d'études en alternance, le stage volontaire de maîtrise se fonde sur le programme d'études qui régit la formation en alternance auprès de la haute école ou de l'université reconnue et qui a été approuvé par le Ministre de la Formation sur la proposition de l'Institut. »

Art. 2. À l'article 2 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est remplacée par la phrase suivante :

« Il doit apporter la preuve d'une formation de maîtrise, de bachelor ou de master dans la profession et, en plus, justifier d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le domaine, acquise après avoir suivi ladite formation. »;

2° le § 3 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Un formateur ne peut former simultanément à plusieurs professions.

Si le formateur désigné dans la convention de stage quitte l'entreprise formatrice avant l'échéance de ladite convention, l'Institut peut accorder une dérogation à ces conditions pour l'année de formation en cours. »;

3° le § 4 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« Le chef d'entreprise est dispensé de la participation au perfectionnement pédagogique s'il peut attester de ses aptitudes en produisant un certificat d'aptitudes pédagogiques ou des certificats similaires dans le domaine de la pédagogie professionnelle.

L'Institut ne peut accorder au chef d'entreprise plus d'un an de report pour apporter la preuve qu'il a suivi avec fruit le perfectionnement pédagogique.

Le chef d'entreprise est tenu de contracter une assurance contre les accidents du travail couvrant les accidents auxquels le stagiaire pourrait être exposé durant sa formation au sein de l'entreprise, sa participation aux cours de formation générale et professionnelle, aux cours suivis auprès de la haute école ou de l'université reconnue, aux tests, aux examens et aux formations interentreprises, ainsi que sur le chemin de la formation. »;

4° le § 5 est complété par la phrase suivante :

« L'Institut fixe le nombre maximal d'apprenants par entreprise et par profession en fonction des données propres à l'entreprise, telles que l'assurance d'un encadrement par les formateurs mentionnés à l'article 2, § 2, l'infrastructure présente, le volume des commandes et le nombre de clients. »;

5° l'article est complété par les §§ 6 et 7 rédigés comme suit :

« § 6 - Une entreprise qui n'est pas en mesure de transmettre, pour la profession faisant l'objet de la formation pratique, certaines des compétences prévues au programme de formation agréé conformément à l'article 1^{er}, § 3, ou qui ne correspond pas, en certains points, au profil professionnel, peut tout de même être agréée comme entreprise formatrice, à condition que tous les futurs stagiaires participent à une formation pratique interentreprises.

§ 7 - Pour chaque entreprise formatrice, l'Institut établit un dossier qui contient les informations ou documents suivants :

1° une copie du certificat d'agrément comme entreprise formatrice;

2° le nom et le siège social de l'entreprise formatrice;

3° son numéro d'entreprise;

4° le lieu où se déroule la formation pratique;

5° le profil de l'entreprise;

6° le cas échéant, les devoirs particuliers de l'entreprise formatrice quant à une formation pratique interentreprises;

7° les informations suivantes relatives au chef d'entreprise :

a) le nom, le prénom et la date de naissance;

b) le parcours professionnel, les copies de certificats et de diplômes, la preuve de son expérience professionnelle, apportée par des certificats de travail, des attestations d'emploi ou des fiches de paie;

c) la preuve qu'il est mandaté, apportée soit par une attestation soit par les statuts de l'entreprise;

8° si le ou les formateurs ne sont pas le chef d'entreprise, les données suivantes relatives au(x) formateur(s) :

a) le nom, le prénom et la date de naissance;

b) le parcours professionnel, les copies de certificats et de diplômes, la preuve de l'expérience professionnelle, apportée par des certificats ou attestations de travail ou par des fiches de paie;

9° le règlement de travail de l'entreprise formatrice.

La direction générale est responsable du traitement des données à caractère personnel. Ces données sont conservées jusqu'à ce que la personne à laquelle elles se rapportent atteigne l'âge de 100 ans. »

Art. 3. À l'article 3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° (Concerne le texte allemand.);

2° dans le § 2, les mots « dans les quinze jours suivant la date d'effet » sont remplacés par les mots « durant la période d'essai ».

Art. 4. À l'article 4 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Toute convention de stage qui s'inscrit dans le cadre de la fréquentation de cours en Communauté germanophone est conclue exclusivement entre le 1^{er} juillet et le 1^{er} octobre. Dans le cas d'un autre cycle d'études en alternance suivi auprès d'une haute école ou université en Belgique ou à l'étranger, ce sont les délais y prévus qui s'appliquent.

L'alinéa 2 ne s'applique pas aux conventions qui, en raison d'un changement d'entreprise formatrice, doivent être conclues dans le courant de l'année de formation. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par deux alinéas rédigés comme suit :

« La convention de stage est conclue par cycle d'études pour une durée maximale de trois ans. La durée totale maximale des différentes conventions peut être portée à quatre années et demie de formation par cycle dans le cas d'un cycle d'études suivi auprès d'une haute école ou université reconnue située en dehors de la Communauté germanophone, et ce, pour s'aligner sur les dispositions y applicables.

En cas de redoublement, la convention de stage peut être prolongée une fois d'un an, et ce, par cycle d'études. La durée minimale de la convention est d'un an, sauf lorsqu'elle a été conclue à la suite de la résiliation d'une convention antérieure. Chaque convention comporte une période d'essai de trois mois. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « la législation du travail et ne peut » sont remplacés par les mots « la législation belge applicable et ne peut, le cas échéant, », le nombre « 24 » est remplacé par le nombre « 20 », les mots « une allocation mensuelle » sont remplacés par les mots « une indemnité mensuelle minimale » et les mots « pour la 3^e année » sont remplacés par les mots « à partir de la 3^e année »;

4° le § 3 est abrogé.

5° l'article est complété par les §§ 5 et 6 rédigés comme suit :

« § 5 - Les chefs d'entreprise ont l'obligation d'octroyer si nécessaire au stagiaire, en plus des jours fériés et avant la fin de chaque année de formation, un congé complémentaire non rémunéré lui permettant d'avoir respectivement vingt ou vingt-quatre jours ouvrables de congé, selon qu'il s'agit d'une semaine de cinq ou de six jours.

Les chefs d'entreprise octroient aux stagiaires dix jours de congés non rémunérés supplémentaires par année de formation afin qu'ils puissent se préparer aux examens que comprend la formation.

§ 6 - L'entreprise formatrice participe aux frais de déplacement entre le domicile du stagiaire et l'entreprise, et ce, proportionnellement au coût des transports en commun, à moins que la commission paritaire compétente ne prévoise une réglementation plus avantageuse pour le stagiaire. »

Art. 5. À l'article 5 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un 4.1 rédigé comme suit :

« 4.1 - de payer au centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME reconnu les droits d'inscription pour le cycle d'études concerné »;

2° dans le 5°, les mots « de première session » sont insérés entre les mots « tests et examens » et le mot « obligatoire »;

3° le 6° est complété par les mots « et de permettre au stagiaire de prendre congé pendant la période préparatoire aux examens prévue dans l'horaire ».

Art. 6. À l'article 8 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un 1.1 rédigé comme suit :

« 1.1 - de s'inscrire dans les délais auprès d'une haute école ou université reconnue et de payer les frais d'inscription dus; »

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le délai d'inscription auprès du centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME et celui auprès de la haute école autonome en Communauté germanophone prennent fin chaque année le 30 septembre. »

Art. 7. À l'article 9 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par les mots « , ou auprès de la haute école ou de l'université reconnue qui propose un cycle en alternance et dont le programme de formation a été agréé conformément à l'article 1^{er}, § 3 »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Si les cours, tests et examens sont organisés dans des institutions de la Communauté germanophone reconnues à cette fin, les conditions de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes sont d'application. »

Art. 8. Dans l'article 10 du même arrêté, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Après la fin de la période d'essai, l'entreprise formatrice et le stagiaire peuvent résilier la convention de stage.

La convention de stage prend fin en cas de divergences inconciliables entre les parties et après l'échec d'une tentative de conciliation organisée par le secrétaire d'apprentissage. Sauf accord à l'amiable contraire, le délai de préavis sera dans ce cas de quatre semaines à dater de la conciliation. »

Art. 9. L'article 11 du même arrêté est abrogé.

Art. 10. À l'article 13, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'entreprise formatrice ou le stagiaire informent immédiatement l'Institut de l'éventuelle résiliation de la convention de stage. »

Art. 11. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 2020.

Art. 12. Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 16 avril 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202690]

16 APRIL 2020. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 11 juni 2009 houdende invoering van een meesterschapsstage in de basisopleiding van de middenstand

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, artikel 9.1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009;

Gelet op het besluit van de Regering van 11 juni 2009 houdende invoering van een meesterschapsstage in de basisopleiding van de middenstand;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, gegeven op 8 april 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 6 mei 2019;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 6 mei 2019;

Gelet op advies 66.403/2/V van de Raad van State, gegeven op 30 juli 2019, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op advies nr. 158/2019 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 27 september 2019;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Opleiding;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 11 juni 2009 houdende invoering van een meesterschapsstage in de basisopleiding van de middenstand worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De meesterschapsstage dient als voorbereiding van een meesterschapsstagiair op een zelfstandige activiteit, op een activiteit in een onderneming of op het verwerven van praktische kennis en competenties in het kader van een duale studie. De meesterschapsstage omvat zowel een vaktheoretisch als een bedrijfskundig gedeelte van een opleiding tot ondernemingshoofd of van een andere duale studie aan een erkende hogeschool of universiteit in het binnenland of het buitenland en bereidt de meesterschapsstagiair voor op het eindopleidingsexamen, bachelorexamen of masterexamen."

2^o in paragraaf 2 worden de woorden "artikel 8" vervangen door de woorden "artikel 8 en artikel 9.1" en worden de woorden "opleidingen tot ondernemingshoofd" vervangen door de woorden "opleidingen tot ondernemingshoofd of duale studies";

3^o in paragraaf 3 worden de woorden "Minister van Vorming" vervangen door het woord "Regering"; voorts wordt paragraaf 3 aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In het geval van een duale studie ligt aan de meesterschapsstage een opleidingsprogramma ten grondslag dat de duale studie aan de erkende hogeschool of universiteit regelt en dat op voorstel van het IAWM door de minister bevoegd voor opleiding goedgekeurd is."

Art. 2. In artikel 2 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in paragraaf 2, eerste lid, wordt de tweede zin vervangen als volgt:

"Het ondernemingshoofd moet het bewijs leveren van een opleiding tot ondernemingshoofd, bacheloropleiding of masteropleiding die erkend is en die betrekking heeft op het beroep en moet daarnaast het bewijs leveren dat hij na die opleiding ten minste drie jaar beroepservaring heeft opgedaan."

2^o paragraaf 3 wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"Een opleider kan niet tot verschillende beroepen tegelijk opleiden.

Indien de in de stageovereenkomst aangewezen opleider de opleidingsonderneming tijdens de duur van die overeenkomst verlaat, kan het IAWM voor het lopende opleidingsjaar een afwijking van die voorwaarden toestaan."

3^o paragraaf 4 wordt aangevuld met een tweede, derde en vierde lid, luidende:

"Het ondernemingshoofd wordt van deelname aan de pedagogische bijscholing vrijgesteld, indien het ondernemingshoofd zijn bekwaamheid kan bewijzen met pedagogische bekwaamheidsattesten of met vergelijkbare attesten inzake beroepspedagogiek.

Het IAWM kan het ondernemingshoofd niet meer dan een opleidingsjaar uitstel toekennen om te bewijzen dat hij de pedagogische bijscholing met succes heeft gevolgd.

Het ondernemingshoofd is ertoe verplicht een arbeidsongevallenverzekering te sluiten die de ongevallen dekt waaraan de meesterschapsstagiair blootgesteld kan worden tijdens de opleiding in de onderneming, tijdens zijn deelname aan de algemene cursussen en beroeps cursussen, cursussen aan de erkende hogeschool of universiteit, tests, examens en bedrijfsverkoepelende opleidingen evenals onderweg van en naar die activiteiten."

4^o paragraaf 5 wordt aangevuld met de volgende zin:

"Het IAWM bepaalt het maximale aantal leerjongeren per bedrijf en per beroep op basis van de bedrijfsomstandigheden, zoals de begeleiding door opleiders als vermeld in artikel 2, § 2, de beschikbare infrastructuur, het opdrachtvolume en het aantal klanten."

5^o het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 6 en een paragraaf 7, luidende:

"§ 6 - De onderneming die bepaalde, in het overeenkomstig artikel 1, § 3, goedgekeurde opleidingsprogramma vermelde vaardigheden voor het beroep waarop de praktische opleiding betrekking heeft, niet kan aanleren of op bepaalde punten niet aan het beroepsprofiel beantwoordt, kan toch als opleidingsonderneming worden erkend, op voorwaarde dat alle toekomstige meesterschapsstagiairs aan een bedrijfsverkoepelende praktische opleiding deelnemen.

§ 7 - Het IAWM maakt voor elke opleidingsonderneming een dossier op dat de volgende documenten of inlichtingen bevat:

- 1° een kopie van het attest van erkende opleidingsonderneming;
- 2° de naam en de maatschappelijke zetel van de opleidingsonderneming;
- 3° haar ondernemingsnummer;
- 4° de plaats van de praktische opleiding;
- 5° het ondernemingsprofiel;
- 6° in voorkomend geval de bijzondere plichten van de opleidingsonderneming met betrekking tot een bedrijfsoverkoepelende praktische opleiding;
- 7° de volgende gegevens over het ondernemingshoofd:
 - a) naam, voornaam en geboortedatum;
 - b) beroepsloopbaan, kopieën van getuigschriften en diploma's, bewijs van zijn beroepservaring op basis van arbeidsattesten, getuigschriften van werkgevers of loonfiches;
 - c) bewijs dat hij gemachtigd is om te handelen, ofwel via een attest of via de statuten van de onderneming;
- 8° de volgende gegevens over de opleider of opleiders die niet het ondernemingshoofd zijn:
 - a) naam, voornaam en geboortedatum;
 - b) beroepsloopbaan, kopieën van getuigschriften en diploma's, bewijs van zijn beroepservaring op basis van arbeidsattesten, getuigschriften van werkgevers of loonfiches;
- 9° het arbeidsreglement van de opleidingsonderneming.

De zaakvoerders zijn verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens. Die gegevens worden bewaard tot de persoon waarop ze betrekking hebben honderd jaar oud is."

Art. 3. In artikel 3 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het opschrift wordt het woord "stagiairs" vervangen door het woord "meesterschapsstagiairs";
- 2° in paragraaf 2 worden de woorden "14 dagen na de begindatum" vervangen door de woorden "de proeftijd".

Art. 4. In artikel 4 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"De stageovereenkomst voor een meesterschapsstage in het kader van een cursus in de Duitstalige Gemeenschap wordt gesloten in de termijn tussen 1 juli tot en met 1 oktober. In geval van een andere duale studie aan een erkende hogeschool of universiteit in het binnenland of het buitenland gelden de daar gestelde termijnen.

Het tweede lid is niet van toepassing op overeenkomsten die wegens een verandering van opleidingsonderneming in de loop van het opleidingsjaar moeten worden gesloten."

- 2° in paragraaf 2 wordt het eerste lid vervangen door een eerste lid en een tweede lid, luidende:

"De stageovereenkomst in het kader van de meesterschapsstage wordt voor een maximale duur van drie jaar per studie gesloten. De duur van de opgetelde stageovereenkomsten in het kader van de meesterschapsstage kan opgetrokken worden tot maximaal 4,5 opleidingsjaren per studie, als het gaat om een studie aan een erkende hogeschool of universiteit buiten de Duitstalige Gemeenschap om zich aan de daar geldende bepalingen aan te passen.

Als betrokkene zijn studiejaar moet overdoen, kan de stageovereenkomst per studie één keer met één jaar verlengd worden. De duur van de overeenkomst bedraagt minstens één jaar, behalve indien het om een overeenkomst gaat die als gevolg van de ontbinding van een vorige overeenkomst werd gesloten. Elke overeenkomst omvat een proeftijd van drie maanden."

3° in paragraaf 2, tweede lid, dat het derde lid wordt, worden de volgende wijzigingen aangebracht: de woorden "arbeidswetgeving en mag de" worden vervangen door de woorden "geldende Belgische wetgeving en mag de, afhankelijk van het geval," het getal "24" wordt vervangen door het getal "20", de woorden "minimale toelage" worden vervangen door de woorden "minimale vergoeding" en de woorden "het derde opleidingsjaar" worden vervangen door de woorden "en vanaf het derde opleidingsjaar";

- 4° paragraaf 3 wordt opgeheven;

- 5° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5 en een paragraaf 6, luidende:

"§ 5 - De ondernemingshoofden zijn ertoe verplicht de meesterschapsstagiairs tot het einde van elk opleidingsjaar - naast de feestdagen - indien nodig een bijkomende, onbetaalde vakantie toe te kennen, zodat de meesterschapsstagiairs vakantie kunnen nemen gedurende 20 werkdagen in het geval van een vijfdaagse week en gedurende 24 werkdagen in het geval van een zesdaagse week.

De ondernemingshoofden gunnen de meesterschapsstagiairs voorts tien dagen onbetaald verlof per opleidingsjaar om zich voor te bereiden op examens die in het kader van de opleiding plaatsvinden.

§ 6 - De opleidingsonderneming draagt bij in de reiskosten van de meesterschapsstagiair tussen zijn woonplaats en de onderneming op basis van de kosten voor het plaatselijk openbaar vervoer, tenzij de bevoegde paritaire commissie in een voordeligere regeling voor de meesterschapsstagiair voorziet."

Art. 5. In artikel 5 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° er wordt een bepaling onder 4.1 ingevoegd, luidende:

"4.1 - het verschuldigde inschrijvingsgeld voor de studie in kwestie te betalen aan het erkende centrum voor voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;"

2° in de bepaling onder 5° wordt het woord "examens" vervangen door de woorden "examens in eerste zittijd";

3° de bepaling onder 6° wordt aangevuld als volgt: "en de meesterschapsstagiair de mogelijkheid te bieden vrijaf te nemen tijdens de in het lesrooster vastgelegde examenvorbereidingstijd".

Art. 6. In artikel 8 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° er wordt een bepaling onder 1.1 ingevoegd, luidende:

"1.1 - zich tijdig bij de erkende hogeschool of universiteit in te schrijven en het verschuldigde inschrijvingsgeld te betalen;"

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De inschrijvingsperiode aan het centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's en de inschrijvingsperiode aan de autonome hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap eindigen op 30 september."

Art. 7. In artikel 9 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt aangevuld met de woorden "of in een erkende hogeschool of universiteit die de duale studie aanbiedt waarvan het opleidingsprogramma overeenkomstig artikel 1, § 3, erkend werd";

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Indien cursussen, tests en examens in hiervoor door de Duitstalige Gemeenschap erkende instellingen plaatsvinden, dan gelden de voorwaarden van het besluit van de Regering van 27 juni 2013 betreffende de basisopleiding in het kader van de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's en de voorwaarden van het besluit van de Regering van 30 augustus 2018 betreffende de examens en de evaluatie van de basisopleiding in de middenstand."

Art. 8. Artikel 10, § 2, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Na het einde van de proeftijd kunnen de opleidingsonderneming en de stagiair de stageovereenkomst opzeggen.

De stageovereenkomst eindigt bij onoverbrugbare meningsverschillen tussen de partijen en nadat een door de leersecretaris georganiseerde bemiddelingspoging mislukt is. Behoudens een andersluidende minnelijke schikking bedraagt de opzeggingstermijn in dit geval vier weken te rekenen vanaf de datum van de bemiddeling."

Art. 9. Artikel 11 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 10. In artikel 13, § 2, van hetzelfde besluit worden de woorden "per aangetekende brief" opgeheven.

Art. 11. Dit besluit treedt in werking op 1 juli 2020.

Art. 12. De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 16 april 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/202958]

18. JUNI 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, Artikel D.IV.1 § 2, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. Juni 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Juni 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise und der durch die Föderalregierung auf Anraten des Nationale Sicherheitsrates beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung dieses Virus die Horeca-Betriebe unter besonderem Druck stehen; dass im Zuge der Lockerungen dieser Maßnahmen und der Wiedereröffnung der Horeca-Betriebe weiterhin die Vorgaben zur sozialen Distanzierung einzuhalten sind, was auch auf Ebene der gastronomischen Terrassen einen erhöhten Platzbedarf voraussetzt; dass ein städtebauliches Genehmigungsverfahren für gastronomische Terrassen über 50 m² unverhältnismäßig zeit- und prozeduraufwändig wäre und eine unzumutbare Mehrbelastung für diese bereits geschwächten Betriebe darstellt, die einer kurzfristigen Unterstützung bedürfen; dass die vorliegende Maßnahme eine bedeutende Verwaltungsvereinfachung darstellt, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keine Aufschub mehr duldet;